

N i e d e r s c h r i f t

**der 21. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 15.02.2007**

öffentlich

Ort: Kulturtreff Halle-Neustadt
Am Stadion 6
06122 Halle (Saale)

Zeit: 17:30 Uhr bis 19:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	bis 18:30 Uhr
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hubert Leuschner	SKE	
Herr Thomas Wunsch	SKE	
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	bis 18:35 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	vertreten durch Herrn Dr. Fuchs

Verwaltung:

Herr Beigeordneter Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Uta Balleyer
Herr Dr. Ernst Müllers
Frau Rita Lachky
Herr Wolfgang Hans

Gäste:

Frau Becker	Controlllerin im GB III
Herr Horn	Ressortleiter f. Ausländer- und Asylswesen – zu TOP 5.1. und 6.1
Herr Dr. Pichler	MLU, Akademisches Ausländeramt – zu TOP 5.1. und 6.1.
Frau Schneutzer	GB V, Beauftragte für Integration und Migration – zu TOP 5.1. und 6.1.
Herr Karim	Stellv. Vorsitzender des Ausländerbeirates – zu TOP 5.1. und 6.1.
Frau Satenik	Mitglied des Ausländerbeirates – zu TOP 5.1. und 6.1
Herr Qureshi	Arbeitskreis internationaler Studierender – zu TOP 5.1. und 6.1.
Frau Rose	Sachbearbeiterin im Team Service des FB 31 – zu TOP 4.1. und 4.2.
Frau Hoßbach	Teamkoordinatorin Service im FB 32 – zu TOP 4.2.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2006 und der Sondersitzung vom 21.12.2006
4. Vorlagen
 - 4.1. Antrag auf Planänderung für die Abfallbeseitigung im Haushaltsjahr 2007
 - Erstattung kommunaler Sonderrechnung und
 - Erstattung sonstiger öffentlicher Sonderrechnung
 - Abfallgebühren-StadtwirtschaftVorlage: IV/2007/06263
 - 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 (FB 31, 32, 33 und 37)
Vorlage: IV/2007/06261
5. Informationen
 - 5.1. Information über die Zusammenarbeit der Ausländerbehörde mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - 5.2. Information zur Fortschreibung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Bürgerservice
6. Anfragen
 - 6.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, Die Linkspartei. PDS-Fraktion, über die jetzige Situation der Ausländerbehörde Halle und die Betreuung von Migranten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06052
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Doege bat um Aufnahme des Tagesordnungspunktes Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007 (FB 31, 32, 33 und 37) und begründete dies. Ferner verwies er darauf, dass in die Tagesordnung der Antrag auf Planänderung für die Abfallbeseitigung im Haushaltsjahr 2007 aufgenommen werden müsse, die den Mitgliedern als Tischvorlage erhielten.

Herr Wehrich stellte mit den zwei Ergänzungen die Tagesordnung zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzung vom 23.11.2006 und der Sondersitzung vom 21.12.2006
4. Vorlagen
 - 4.1. Antrag der Verwaltung für die Abfallbeseitigung im Haushaltsjahr 2007
Vorlage: IV/2007/06263
 - 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007 (FB 31, 32, 33 und 37)
Vorlage: IV/2007/06261
5. Informationen
 - 5.1. Information über die Zusammenarbeit der Ausländerbehörde mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - 5.2. Information zur Fortschreibung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Bürgerservice
6. Anfragen
 - 6.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, Die Linkspartei.PDS-Fraktion, über die jetzige Situation der Ausländerbehörde Halle und die Betreuung von Migranten in der Stadt Halle (Saale) – Vorlage: IV/2006/06052
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

Herr Wehrich bat darum, zunächst die Tagesordnungspunkte 5.1. und 6.1. zu behandeln. Einwände gab es nicht. Des Weiteren begrüßte er als neues Ausschussmitglied Herrn Leuschner.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2006 und der Sondersitzung vom 21.12.2006

Protokoll:

Beide Niederschriften wurden einstimmig genehmigt.

zu 4 Vorlagen

- zu 4.1 Antrag auf Planänderung für die Abfallbeseitigung im Haushaltsjahr 2007**
- Erstattung kommunaler Sonderrechnung und
- Erstattung sonstiger öffentlicher Sonderrechnung
- Abfallgebühren-Stadtwirtschaft
Vorlage: IV/2007/06263
-

Protokoll:

Frau Balleyer begründete die Vorlage.

Frau Krischok bat um Korrektur der Haushaltsstelle „Erstattung an kommunale Sonderrechnung“. Richtigerweise ist es die HHSSt 1.7200.67500.

Der Beschlussvorlage wurde mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

- zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 (FB 31, 32, 33 und 37)**
Vorlage: IV/2007/06261
-

Protokoll:

Zum Vorschlag von **Herrn Wehrich**, dass nur die Diskussionsbeiträge in der Niederschrift festgehalten werden, wo es Arbeitsaufträge an die Verwaltung gibt, gab es keine Einwände. Sollten Ausschussmitglieder den ausdrücklichen Wunsch haben, dass ihre Wortbeiträge protokolliert werden, geschieht dies auch, so **Herr Wehrich**.

Herr Doege informierte, dass die Gebührenhaushalte nicht gesondert aufgeführt wurden. Dabei handelt es sich um die Unterabschnitte 7000, 7200, 1600 und 6750. Des Weiteren gab er Erläuterungen zu der Gesamtübersicht „GB III – Vergleich Plan 06 – Ist 06 – Planentwurf 07“.

Herr Wehrich bat um nähere Informationen zum offenen Brief des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder zu Halle/Saale e. V. zum Erhalt der Umweltbibliothek und die damit im Zusammenhang stehenden Presseveröffentlichungen.

Herr Doege antwortete dahingehend, dass in der Kostenstelle 1.200.718000 „Zuschüsse an übrige Bereiche“ für 2007 6.000 € eingeplant worden. Im Reformhaus befinden sich u. a. die Umweltbibliothek des Arbeitskreises Hallesche Auenwälder und der NABU. Die 6.000 € beinhalten u. a. die Miete für die Umweltbibliothek in Höhe von 2.643 € (mtl. 220,25 €). Dabei handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Da sich die Stadt zurzeit in der vorläufigen Haushaltsführung befindet, können Ausgaben nur getätigt werden, die unaufschiebbar sind und zu deren Leistungen die Stadt gesetzlich und vertraglich verpflichtet ist. Mit Schreiben vom 16. 01. 07 teilte der FB 31 sowohl dem Arbeitskreis Hallesche Auenwälder als auch dem NABU mit, dass die Übernahme der Mietkosten für das Jahr 2007 zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch den FB nicht fortgesetzt werden kann und begründete dies (Der Brief an den Arbeitskreis Hallesche Auenwälder wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Die Frage von **Frau Krischok**, ob der Arbeitskreis einen Antrag auf Mietzuschuss für 2007 gestellt habe, wurde von **Frau Balleyer** verneint. (Eine nachträgliche Recherche hat ergeben, dass ein Antrag des AHA vom 01.01.2007 seit dem 13.02.2007 im Fachbereich Umwelt vorliegt.)

Zur Frage von **Herrn Wehrich**, ob dies in anderen Bereichen auch so gehandhabt werde, beantwortete **Herr Doege**. Im Sportbereich sei eine vergleichbare Situation. Wenn es sich um freiwillige Leistungen handelt, sei die Situation problematisch.

Die von **Frau Krischok** erbetene Übersicht des GB III zur Haushaltsstelle 65500 „Sachverständigen- und Gerichtskosten“ wird den Ausschussmitgliedern zur Sitzung am 15. 03. 07 vorgelegt. Gemäß Haushaltsplanentwurf seien 2006 40.600 € und im Planentwurf 2007 36.800 € für den Geschäftsbereich III eingestellt.

Die Frage von **Frau Krischok**, warum im UA 1400, HHSt. 1.16000 „Erstattungen vom Bund“, 2005 und 2007 13.000 € Einnahmen geplant seien und 2006 nichts eingestellt war, wird zur nächsten Ausschusssitzung beantwortet.

Sodann erfolgte die Abstimmung.

Verwaltungshaushalt

Es erfolgte eine Abstimmung einschließlich des Antrages der Verwaltung auf Planänderung für die Abfallbeseitigung für das Haushaltsjahr 2007

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

einstimmig zugestimmt.

Vermögenshaushalt

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

einstimmig zugestimmt.

zu 5 Informationen

zu 5.1 Information über die Zusammenarbeit der Ausländerbehörde mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Protokoll:

Als Gäste wurden Herr Dr. Pichler, Herr Karim, Frau Schneutzer, Frau Satenik und Herr Qureshi begrüßt, die auf Nachfrage von **Herrn Wehrich** das Rederecht erhielten.

Herr Doege informierte u. a., dass im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin das Angebot an alle wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt Halle bestehe, zur Abwicklung von Formalitäten Individualtermine mit der Ausländerbehörde zu vereinbaren. Der betroffene Gastwissenschaftler habe grundsätzlich die Möglichkeit der Bevollmächtigung. Dieses Angebot, was sich seit 2001 bewährt habe, bestehe auch für die Martin-Luther-Universität, so dass der entsprechende Kontakt zur Ausländerbehörde durch die wissenschaftliche Einrichtung jederzeit aufgenommen werden könne. Diesbezüglich werde auch auf die vielfältigen Möglichkeiten zur Information hingewiesen, die durch die Ausländerbehörde gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung und der MLU erarbeitet worden sei und auch im Internet in deutsch und englisch zur Verfügung stehe. Der Internetzugang bestehe unter www.halle.de, Rat und Verwaltung, Rathausonline Dienstleistungen, Ausländerangelegenheiten. Seit Dezember 2005 bestehe darüber hinaus für die ausländischen Staatsangehörigen in der Ausländerbehörde die Möglichkeit, sich am Informationsstand direkt zu den einzelnen Verwaltungsleistungen beraten zu lassen. Seit Januar dieses Jahres werden in der Ausländerbehörde für ausländische Studenten während der „Einschreibaktion“ Sondersprechstunden angeboten, die Dank der guten Zusammenarbeit mit der MLU durch die betroffenen Studenten zunehmend besser ausgelastet werden. Auf Grund der verbesserten räumlichen und personellen Ausstattung der Ausländerbehörde werde es durch organisatorische Veränderungen in Kürze möglich sein, für ausländische Studenten einen Sonderschalter im Publikumsverkehr einzurichten.

Zur Frage von **Herrn Wehrich**, ob ausländische Studierende immer noch vor der Tür stehen und warten würden, verwiesen **Herr Doege** und **Herr Horn** auf Individualtermine und auf die Neuregelung, dass es künftig eine gesonderte Abfertigung für ausländische Studierende geben werde (Zimmer 37 der Ausländerbehörde). Dieser Personenkreis werde gesondert aufgerufen. Auf die Wartezeiten eingehend, sagte **Herr Horn**, dass die Mitarbeiter Hinweise geben würden, zu welcher Zeit, welche Wartenummer aufgerufen werde. Dies sei deshalb eingeführt worden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Vom Zeitpunkt des möglichen Aufrufes bis zur Abfertigung müsse mit maximal einer Stunde gerechnet werden.

Herr Dr. Yousif und **Herr Karim** bestätigten, dass sich die Wartezeiten verkürzt haben. Allerdings gebe es immer noch eine Warteschlange, so dass die Wartenden bei schlechtem Wetter ungeschützt im Freien stehen würden, so **Herr Karim**.

Frau Lachky machte darauf aufmerksam, dass es nicht erforderlich sei, sich zeitig anzustellen. Auf den gewünschten Wetterschutz für die Wartenden eingehend, verwies sie auf die Haushaltslage und unterbreitete den Vorschlag, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Ausländerbeirat einen Vorschlag unterbreiten solle, um ein zeitiges Anstehen zu vermeiden.

Wer vorsprechen möchte, brauche nicht draußen zu warten. Er könne ganz normal im Wartebereich warten.

Herr Klaus, Herr Karim und Herr Qureshi äußerten sich zu den langen Wartezeiten. Die meisten ausländischen Bürger kämen am Dienstag und da könne es passieren, dass sie keine Aufrufnummer erhielten. Seit Dezember habe **Herr Qureshi** festgestellt, dass donnerstags und freitags auch ohne Aufrufnummern ab 11:00 Uhr vorgesprochen werden konnte.

Frau Lachky antwortete, dass die Verwaltung bemüht sei, günstigere Bedingungen für die ausländischen Studenten zu schaffen. So würden z. B. Individualtermine zur Einschreibung der ausländischen Studenten sehr gut wahrgenommen. Nach dem Umzug der Ausländerbehörde bestünden verbesserte räumliche und personelle Bedingungen, die es ermöglichen, dass im Frühjahr d. J. ein Sonderschalter eingerichtet werde.

Herr Doege empfahl, zunächst einmal Erfahrungen zu sammeln. Sollte es Probleme geben, die einer Nachbesserung bedürfen, könne dies gemeinsam besprochen werden. Allerdings sei ein „Rund-Um-Sorglos-Paket“ nicht möglich. Die Stadt werde versuchen, Bedingungen zu schaffen, die im tolerablen Bereich sind.

Herr Klaus informierte, dass in der Sitzung des Präventionsbeirates am 14. 02. 07 gesagt wurde, dass die Stadt im Umgang mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sich auf einem sehr guten Niveau befinde.

zu 5.2 Information zur Fortschreibung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Bürgerservice

Protokoll:

Frau Lachky informierte u. a. darüber, dass der FB 33 2003 das Fachkonzept erarbeitet habe für den Zeitraum 2003 bis 2007. Als Haushaltskonsolidierung war die Stellenreduzierung von 22 Personen mit einer Kosteneinsparung von 766.800 € vorgesehen. Festgelegt wurde eine Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde und ein Städtevergleich in der Fahrerlaubnisbehörde. Im Ergebnis dessen wurden fünf Stellen umgesetzt in die FB 11 bzw. 50. 17 Stellen wurden per 31. 12. 06 abgebaut. Die Organisationsuntersuchung in der Ausländerbehörde ergab einen Stellenmehrbedarf von vier Vollzeitstellen, die ab 01. 01. 07 in der Ausländerbehörde tätig sind. Dieser Mehrbedarf sei u. a. gesetzlich begründet durch das neue Zuwanderungsgesetz. Bei der Führerscheinstelle wurde aufgrund des Benchmarkings die vorhandene Stellenanzahl bestätigt. Das heißt, dass der Konsolidierungsbeitrag sich aufgrund des Stellenmehrbedarfs in der Ausländerbehörde um 100.000 € reduziert. Dem Mehrbedarf werde gegengesteuert, indem ein Kassenautomat im Stadion 6 aufgestellt und somit eine Stelle eingespart werde.

Des Weiteren informierte **Frau Lachky** darüber, dass das Fachamt stets bemüht gewesen sei, den Anforderungen als Dienstleister für die Bevölkerung gerecht zu werden. Dazu seien einige organisatorische Veränderungen erforderlich gewesen. So seien u. a. kleinere Bürgerservicestellen geschlossen worden. Mit den noch drei bestehenden Bürgerservicestellen sei es aufgrund der guten Infrastruktur möglich, innerhalb von ca. zehn Minuten eine der Bürgerservicestellen mit dem ÖPNV zu erreichen. Die Teamstruktur sei verändert worden, eine EDV-Erneuerung sei ebenfalls erfolgt. Insgesamt könne eingeschätzt werden, dass trotz Haushaltskonsolidierung ein gutes Dienstleistungsangebot den Bürgern vorgehalten werde.

Die Fragen von **Herrn Weihrich** nach Vergleichszahlen anderer Städte und die vollständige

elektronische Nutzung mittels Internet beantworteten **Frau Lachky und Herr Doege**. Es gebe Informationen, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden seien. Allerdings könne auf dem Gebiet des Bürgerservice ein Vergleich mit anderen Städten deshalb nicht vorgenommen werden, weil die Struktur dieses Fachbereiches in den Städten zum Teil unterschiedlich sei. Bürger können bei der Beantragung eines Personalausweises oder Reisepasses das Formular aus dem Internet nutzen. Jedoch sei eine elektronische Signatur noch nicht möglich, so dass der Behördengang nicht erspart bliebe.

Die Frage von **Frau Krischok**, ob im Bedarfsfalle auch Bürger zu Hause aufgesucht werden, bejahte **Frau Lachky**.

Herr Dr. Rürup bedankte sich für den sehr guten und schnellen Service bei der Bereitstellung von statistischen Unterlagen.

Herr Weihrich meinte, dass die Anregungen bezüglich des Wartebereiches noch weiter diskutiert werden solle. Zu gegebener Zeit werde der Ausschuss sich mit der Problematik der ausländischen Studierenden noch einmal befassen.

zu 6 **Anfragen**

zu 6.1 **Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, Die Linkspartei. PDS-Fraktion, über die jetzige Situation der Ausländerbehörde Halle und die Betreuung von Migranten in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2006/06052**

Protokoll:

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte in schriftlicher Form und erhielten alle Ausschussmitglieder.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Yousif**, wie viel Migranten an Veranstaltungen der interkulturellen Woche teilgenommen haben, teilte **Frau Schneutzer** mit, dass ca. 30 – 35 Personen in der Veranstaltung waren.

Die Beantwortung der Anfrage wurde zur Kenntnis genommen.

Weitere Anfragen

Bezug nehmend auf die Aussagen der Oberbürgermeisterin auf dem Gebiet der Geschwindigkeitsmessung wollte **Herrn Klaus** wissen, wann die Umsetzung erfolge und ob Mittel im Haushalt 2007 eingeplant worden seien.

Herr Doege verwies auf den jetzigen Arbeitsstand. Vom Grundsatz her dürfen Städte Geschwindigkeitsüberwachungen vornehmen, und die Verwaltung erarbeite derzeit eine entsprechende Vorlage, die nach Bestätigung in der Beigeordnetenkonferenz dem Ausschuss vorgestellt werde. Eine Zustimmung durch den Stadtrat sei nicht erforderlich, da es sich um Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich handele.

Herr Weihrich fragte, ob die Verfüllung von Bodensenken auf unbefestigten Wegen am Hufeisensee mit Abfallmaterialien rechtmäßig sei.

Frau Balleyer antwortete, dass der Fachbereich derzeitig den Sachstand prüfe. Nach Klärung werde im Ausschuss darüber berichtet.

Herr Dr. Fikentscher wollte wissen, warum es in Halle keinen „Flohmarkt“ mehr gebe, sondern dieser nur noch in den Messehallen stattfinde.

Herr Doege antwortete, dass die Ausrichtung eines solchen Marktes nicht Sache der Stadt sei. Die Durchführung eines „Flohmarktes“ im öffentlichen städtischen Raum sei genehmigungspflichtig. Verwaltungsseitig gebe es diesbezüglich keine Überlegungen.

Die Frage von **Herrn Fikentscher**, ob der „Flohmarkt“ durch einen privaten Interessenten durchgeführt werden könne, bejahte **Herr Doege**.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Frau Krischok ist mit der Beantwortung ihrer Anfrage in der Ausschusssitzung am 23. 11. 2006 zur Beleuchtung der Parkscheinautomaten nicht einverstanden und wendet sich daher persönlich an Herrn Dr. Pohlack.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Es gab keine Anregungen.

zu 9 Mitteilungen

Protokoll:

Mitteilungen gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Weihrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin